Fuldaer Zeitung
Gegründet 1874

Ausgabe vom 26. November

KOLUMNE

Hochmut kommt vor dem Fall

Das Feindbild für die staatsgläubigen Linken sind die Wirtschaftswissenschaftler der Chicagoer Schule, die mit den Lehren von Nobelpreisträger Prof. Milton Friedman, als die Chicago-Boys bezeichnet, den freien Markt forderten. Den Lehrstuhl Friedmans, den Thron der Chicagoer Wirtschaftskathedrale, hat seit einiger Zeit der Inder Raghuram Rajan bestiegen, vorher Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds. Seither ist es still um die Chicago-Boys geworden. Weder rechte noch linke Politiker wollen hören, wie Rajan die Ursachen der Finanzkrisen analysiert.

Rajan macht vor allem die Politik des leichten Geldes für die Kapitalmassen verantwortlich, die in Billionensummen durch die Welt geistern und zu immer neuen Blasen führen. Aber diese, so Rajans Analyse, entstehen durch die Wünsche der Politik. Die heutige schwere Bank- und Schuldenkrise hat ihre tieferen Ursachen in der großen Kluft zwischen Arm und Reich, die Politikversagen und Manageruntaten gleichermaßen haben wachsen lassen.

Am Beispiel seines Heimatlandes Indien macht Rajan den Mechanismus deutlich. Die Eliten in Politik und Wirtschaft dienen den Reichen und damit auch sich selbst. Da diese aber nur eine kleine Bevölkerungsgruppe ausmachen, kann mit dieser Klientelpolitik keine Wahl gewonnen werden. Also brauchen die Eliten zum Machterhalt die Stimmen der Armen. Entsprechend werden diese vor den Wahlen mit Wohltaten geködert. Wohltaten, die unendlich viel kosten. Summen, die die Eliten aber nicht bereit sind, selbst aufzubringen. Also bedienen sie das Volk aus der Staatskasse. Und wenn die leer ist, machen sie Schulden oder lassen die Gelddruckmaschinen laufen. So lange also den Machteliten die Möglichkeit nicht geraubt wird, Staatsschulden zu machen, werden die westlichen Industriestaaten immer tiefer in Finanzkrisen versinken.

Dieser Analyse ist nichts hinzuzufügen. Das System trifft nicht nur auf Indien, sondern genauso gut auf die USA und die Europa zu. Die Staatsausgaben werden fast ausschließlich mit „Nachhaltigkeit“, „sozialer Gerechtigkeit“ und „Umweltverträglichkeit“ begründet. Dafür wird die solide Haushaltsführung außer Kraft gesetzt, in Südeuropa, Westeuropa und Deutschland. Nur die Ausmaße variieren.

Die Haushaltsberatungen in den vergangenen Tagen waren dafür ein plastisches Beispiel. Mit 578,8 Milliarden Euro Steuereinnahmen rechnet der Staat 2012. Der Bundeshaushalt allein bekommt davon 249,2 Euro – mehr als je zuvor. Und trotzdem werden 26,1 Milliarden Euro neue Schulden eingeplant – und neue Wohltaten versprochen. Eine kleine Auswahl: Das Weihnachtsgeld der Beamten wird aufgestockt, mehr Geld für die staatliche Kindererziehung bereitgestellt, über 500 neue Planstellen in den Berliner Ministerien genehmigt und eine ungenaue Steuersenkung versprochen. Alles Stückwerk. Und während wir von Griechenland, Portugal und Irland verlangen, dass diese Länder ihren Staatsapparat abbauen, bauen wir ihn aus. Da machen wir eine Verordnung, die verlangt, dass jede GmbH ihre Bilanzen im Internet veröffentlicht und stellen dafür 60 Richter ein, die das durchsetzen sollen. Anderen Staaten predigen wir, sie müssten ihre Bürokratie verschlanken.

Was bilden wir uns eigentlich ein? Nur weil wir die Einäugigen unter den Blinden sind, hoffen wir, dass wir bei stark steigenden Schulden und einem Staatsanteil von über 80 Prozent uns zum Vorbild aufschwingen können? Dieser Hochmut wird noch sehr teuer.

Wie wäre es denn mit einer Gegenfinanzierung der neuen Ausgaben gewesen: zum Beispiel die Anpassung der Steuersätze. Kann mir irgendjemand erzählen, warum Arbeit mit bis zu 45 Prozent versteuert wird, Kapitalerträge aber nur zu 25 Prozent? Raghuram Rajan würde dies sicher als Beispiel dafür zitieren, wie sich die Elite schont, die Staatsschulden aber erhöht, um sich Wählerstimmen zu kaufen. Die Haushaltsberatungen sind ein Beweis dafür, dass sich die politischen Eliten noch nicht von der Schuldenwirtschaft verabschiedet haben. Weder in Griechenland, noch in Deutschland.